

Erstausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Schulzeengasse 11.

Spezialdruck der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.

Freitag 4-6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Nummern
kann man sich bei der Redaction nicht
verbinden.

Bestellung der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Portos an Wochentagen bis
5 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.

Bei den Anzeigen für Prof. Anzeigen:
Otto Klemm, Unterwallstraße 22,
Sondelstraße, Rathenowstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk.,
incl. Postgebühren 5 Mk.,
wobei die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbestellung 20 Pf.
mit Postbestellung 40 Pf.

Einzelne 5 Pf. Postgebühren 20 Pf.
Größere Schriften laut anverkauft
Fremdverlag. — Labordruck
Satz nach bloßem Text.

Reklamen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach an d. Expedition
zu haben. — Abdruck wird nicht
gegeben. Bestellungen pränumerando
oder durch Postnachschub.

№ 337.

Wittwoch den 3. December 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Bei der am 27., 28. und 29. November stattgefundenen Stadtverordnetenwahl sind aus der Classe

A. der Wählerigen

Die Herren:		mit 2294 Stimmen,
Rechtsanwalt Dr. Bentler	•	2292
Dr. Schill	•	2289
Schlossermeister D. A. Oebler	•	2284
Kaufmann Gumpel	•	2281
Rammesmeier Perlit	•	2287
Musikalienhändler Rabat	•	2287
Fabrikbesitzer J. F. Weisner (in Firma: Weisner & Buch)	•	2109
Dr. Schmitz	•	2098
Fischermeister Heinrich	•	2096
Rammesmeier Handwerd	•	2092
Wasserschiffbrücker Stud	•	2069
Kaufmann C. F. Jung	•	2065
Buchdruckereibesitzer Klitzhardt	•	2044

B. der Unanwesigen

Die Herren:		
Buchhändler Dr. Kirchhoff	•	2088
Kaufmann C. E. Landenheim	•	2080
Banddirector Heuder	•	2188
Buchhändler C. Weidel jun.	•	2192
Lehrer Dr. Krenndt	•	2108
Uhrmacher C. A. Döring	•	2107
Kunsthändler Wittcher	•	2109
Kaufmann Craven	•	2097
Wasserschiffbrücker Stud	•	2094
Metallwaarenfabrikant F. G. Schneider	•	2098
Kaufmann C. G. Herrmann (in Firma: Häbiger & Quard)	•	2091
	•	2083

als Stadtverordnete gewählt worden.
Leipzig, den 1. December 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Rdt.

Bekanntmachung.

Auf dem Zimmerplatz des Herrn Zimmermeister Handwerd, Carolinenstraße Nr. 19, sollen

am 4. December d. J. Donnerstags 10 Uhr

1 Maßbude,

2 kleine hölzerne transportable Privethäuschen von ca. je 1,00 Mtr. im Quadrat

öffentlich, unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen, versteigert werden.

Leipzig, den 27. November 1879.
Des Raths Meibuden-Deputation.

Der deutsch-österreichische Vertrag.

Der deutsche Reichskanzler hat die Gewohnheit, je nachdem die politische Lage ihm Reserven anlegt oder nicht, entweder die Endziele seiner Staatsaktionen mit unerbittlicher Deutlichkeit klar zu stellen oder, einer Spitze gleich, seine Gedanken in Räthsel zu kleiden. Sei wie dem wolle, in jedem Falle ist alle Welt gezwungen, mit den Plänen des Fürsten Bismarck in sorgfältigster Weise zu rechnen; denn es hat wohl niemals ein Staatsmann in diesem Jahrhundert eine solche Fülle von Macht und Einfluß in seiner Hand vereinigt. In diese Wirkungskreis sind nicht nur die oberen Regierungskreise verflochten, überhaupt diejenigen, welche Geschichte machen oder zu machen glauben, sondern auch der Tageschronist, welcher den Ereignissen zuwartend gegenüber steht, hat sich mit den gegebenen oder werdenden Verhältnissen abzugeben. Welche Anzahl von Gerüchten und Combinationen ist nicht in letzter Zeit an die bekannte Wiener Reise des Reichskanzlers geknüpft, welche Ausgeherten des Sensationsbedürfnisses sind nicht von „Eingeweihten“ und Ueingezeichneten an das Licht des Tages gezogen worden! Renegaden haben besonders heftige und französische Wälder in der Kunst, diplomatische Geheimnisse zu entdecken, das Mögliche geleistet; sie colportieren die keineswegs verdächtige Nachricht, es sei zwischen den Kaiser von Deutschland und von Oesterreich ein sorgfältig paraphirter Vertrag unterzeichnet worden, welcher den beiden Contractanten die Pflicht auferlege, dem Bundesgenossen nur für den Fall materielle Hilfe zu leisten, daß sich gegen den Bestand des einen oder anderen der beiden Reiche eine Coalition von Feinden zusammensinde. Ganzlich es sich indessen um einen isolirten Gegner, um eine einzige angreifende Macht, so sei ein solches foederis nicht vorhanden. Diese aus dem gallischen oder gallischen Theile des Westens kommende Weisheit und Wissenschaft scheint uns durchaus problematisch zu sein; man will mit diesem Zeitungs-Comp der deutsch-österreichischen Freundschaft Bestand und Festigkeit abprechen, um durch diese Royalien die eigene Bedeutung im Rache der Völker Europas nach Möglichkeit zu erhöhen. Dieses etwa im Geschmade Emilie de Orléans gehaltenes Räuber wird natürlich nur bei den Chauvinisten in Paris und St. Petersburg verfangen, um patriotische Beschwörungen zu klingen. Wie die Dinge heute liegen, so scheint eine Veröffentlichung keineswegs geboten, denn weder Deutschland noch Oesterreich haben irgend ein Interesse daran, die Motive ihrer politischen Zusammengehörigkeit aller Welt preiszugeben. Wir meinen aus diesem Grunde, daß die Mittelungen der Berliner offiziellen Presse diesmal Glauben verdienen; diesen zufolge ist seitens des Reichskanzlers davon Abstand genommen worden, dem Bundeskanzler des Deutschen Reiches für andauernde Angelegenheiten den Verlaut des Vertrages vorzulegen, da die vollständige Geheimhaltung des Alphas und Omegas

der besten Bemerkungen sei. Für Bismarck trägt augenscheinlich durch die Ausnahme dieser Paragraphen in den Tractat der besten Stellung Oesterreich-Ungarns gewissenhaft Rechnung. Die orientalischen Angelegenheiten sind nach im Fluße, die vollkommenste Ausnutzung derselben im eigenen Interesse ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung für die L. I. Doppelmonarchie. Wie immer auf dem Ballen die Würfel fallen mögen, Oesterreich hat am Deutschen Reiche einen erprobten und starken Freund, der ihm mit Rath und That zur Seite stehen wird, falls der Gang der Ereignisse es erheischen sollte. Glücklicherweise sind heute die transigen Zeiten vorüber, in denen ein Beist von Wien nach Paris im Hochgefühl des Uebelsinnens rufen konnte: „Die Sache Frankreich ist die unsere“, während er die Weissenlegion in Kleidung mit Gewehren und Pflöcken versah, um ihr die Möglichkeit zu gewähren, an der Seite französischer Bataillone gegen sein eigenes deutsches Vaterland kämpfen zu können. Das Welt aber, welches Fürst Bismarck und Graf Andrássy geschlossen haben, wird trotz aller Machinationen Dauer und Bestand haben; dafür bürgen die Sympathien, welche die beiden erhabenen Monarchen Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm und ihre Völker verbinden. Seit Abschluß dieses Tractates ist, wie wir glauben, auf Generationen hinaus beiden Nationen ihre Politik, die auf einer Interessengemeinschaft beruht, in präzisester Form vorgezeichnet, ihre Gebietshabengrenzung aber, wie sie gegenwärtig besteht, in aller Form gegenseitig garantiert. Die Unterstellung, als freude das Deutsche Reich seinen Arm nach den deutschredenden Gebieten Oesterreichs aus, ist ein Hingespinn, dessen Bewirklichkeit, um die Worte eines hervorragenden Staatsmannes zu gebrauchen, den Galgen verdient. Friede und Freundschaft werden, so Gott will, in alle Zukunft die beiden Schwestern verbinden: zu Schutz und Trutz von den Gebirgen der Ost- und Nordsee bis zum Straube der klauen Ostia.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 2. December.

Der russische Reichskanzler ist in den politischen Kreisen Berlins der „Pöbe des Tages“. Seit Gortschakoff, oder bleibt der alte Kantschew in Amte? Ueber diese Alternative schwirren unzählige Gerüchte durch die Luft der Kaiserstadt an der Spree. Entgegen den bisherigen Zeitungs- nachrichten, daß der Fürst nach seiner Rückkunft nach Petersburg seine Demission einreichen werde und daß als sein Nachfolger Herr Balasewitz designirt sei, verlaute nun auch, wie man uns verständigt, in Kreisen, die mit der russischen Botschaft in näher Beziehung stehen, daß es durch- aus noch keine abgemachte Sache sei, daß Gortschakoff schon jetzt von seinem Amte zurücktreten werde. Bestimmte Abmachungen hätten bisher nach seiner Seite hin stattgefunden, wenn gleich es

nicht zu leugnen wäre, daß man einen Systemwechsel plane. Doch herrsche in Petersburg Rathlosigkeit, weil es nicht den Anschein haben solle, daß auswärtige Mächte, namentlich Deutschland, einen Einfluß auf die Wendung der russischen Politik oder auf einen Personenwechsel gewonnen. Es ist unzweifelhaft — schreibt man uns —, daß Fürst Gortschakoff selbst während seines Aufenthaltes in Berlin Anlaß genommen, sich über die zukünftige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Russlands eines Näheren auszusprechen. Inwiefern dies kein Empfang des russischen Reichskanzlers im kaiserlichen Palais geschah, darüber verlaute noch nichts Bestimmtes. Die Unterredung des hochbetagten Staatsmannes mit unserem Kaiser dauerte etwa eine Stunde. In Begleitung des Fürsten Gortschakoff reiste am Montag Abend der russische Botschafter Baron v. Dubril nach Petersburg. Es ist bezeichnend, daß derselbe gleichfalls eine Audienz beim Kaiser hatte. Nach der Kaiserin empfing den Fürsten Gortschakoff und später stattete der Kronprinz demselben einen Besuch im russischen Botschaftshotel ab. Aus dem Anknüpfungspunkte dieser Nachrichten geht hervor, daß unsere Beziehungen zum russischen Hofe noch immer den friedlichen und freundschaftlichen Charakter tragen, der ihnen jedesfalls seitens des Kaisers und der kaiserlichen Familie angedrückt zu werden wünscht. Aber auch der amtliche Charakter der Beziehungen soll trotz der Abwesenheit des Fürsten Bismarck durchaus keine andere Gestaltung erfahren. Wie unser Gewährsmann von bestunterrichteter Seite hört, ist eine Instructionsdepesche an unsere diplomatischen Vertreter in Asien abgegangen, nach welcher vorzukommen im Falle zu betonen sei, daß die Aufrechterhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Russland durch einige nebenstehliche Erwägungen in keiner Weise erschwert werden und daß die in öffentlichen Blättern enthaltenen Behauptungen über ernste Differenzen zwischen den beiden Regierungen jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. Wir glauben, daß diese Nachricht einige Reserve erfordert.

„In Preußen dauert der Culturkampf ungeschwächt fort“, rief Abg. Windthorst in der Abgeordnetensammlung am Montag empfindlich aus und versprach, bei der Beratung des Culturbudgets noch ausführlichere Beschwerden des Centrums vorzubringen. Somit ist die Stille durchbrochen, welche die Ultramontanen bisher im Plenum, wie in der Budgetcommission zu beobachten wagten. Ihre Ungebuld wächst in dem Augenblicke, wo die Abstimmung über die Eisenbahnverträge herannaht und der Reich innerhalb der Fraction des Centrums aufklaffen soll, den die Führer bisher sorgfältig vor ihren Wählern zu verbergen suchten. Daß sie die Fortdauer des Culturkampfes nicht in ihrem Widerstande gegen die Staatsgewalt, sondern in dem Verhalten der Organe des Staates suchen, ist eine jener jesuitischen Machinationen, die nicht neu ist. Auf derselben Linie steht denn auch die hieherwärtige Regierung des Herrn Windthorst, daß es doch jedenfalls bedenklich sei, in dem Augenblicke, wo Verhandlungen geführt werden, welche, wie man sagt, zum Frieden führen sollten, das ganze Rüstzeug des Culturkampfes in voller Wirkung fortzusetzen zu lassen. Man sieht, daß das Centrum die Verhandlungen mit Rom nicht zu führen wagt — wenn solche überhaupt bestehen — und daß es nur die Organe, nicht die Regierung selbst angreift, um planmäßig zu machen, wie sehr die Herren Oberpräsidenten, Landräthe, Schulverwalter u. dgl. beitragen, den Culturkampf zu führen. Die Stimmung des Hauses bei diesem Intrigen- spiele, das ziemlich durchsichtig ist, kann als eine gleichgültige bezeichnet werden. Man läßt auf der einen wie auf der rechten den künftigen Culturkampf zwischen den Ultramontanen und den Ministern anstreifen, vielleicht deshalb, weil man sich überzeugt hält, daß Fürst Bismarck nicht nach Rom oder gar nach Canossa gehen kann.

Die Motive des Kneißelgesetz-Entwurfs, den der Statthalter von Oßes-Lothringen an den Bundesrath gebracht hat, haben folgende allgemeine Gesichtspunkte hervor:

Die gemüthlichen Anlagen und Gauen, deren Anlagestellen aus dem Ertrage der Kneißel besprochen werden sollen, werden erst im Laufe der Zeit nutzbar; die Forttheile, welche sie allmählig bringen, kommen daher demjenigen, welche die Opfer dafür tragen müssen, noch nicht oder nur theilweise zu Gute; es scheint nicht billig, die Lebenden zu Gunsten der Nachkommen ausschließlich zu belassen, vielmehr ist es eine Forderung der Billigkeit, die Last unter ihnen zu vertheilen. Das wird durch eine in längerer Zeit zu übergende Kneißel erreicht. Die beschriebenen Unternehmungen können einen Erfolg nur haben, wenn sie nach einem umfassenden Plan in Angriff genommen und in regelmäßigen Fortgang zu Ende geführt werden. Dazu gehört, daß die Mittel dafür dezent sicher gestellt sind, daß sie regelmäßig fließend gemacht werden können, ohne von ungewissen Einnahme-Überschüssen der einzelnen Jahre-

State abhängig zu sein. Es ist im besten Sinne staatswirtschaftlich, wenn die kleinen Capitale des Landes in einer Staatsschuld Anlage finden, welche, für productive Zwecke anzuwenden, dem gemein- samen Nutzen des Landes dient. Dazu giebt die Kneißel Gelegen- it. Daß diese Gelegen- it, deren Rang- an gegenwärtig vielfach und mit Grund befragt wird, werde benutzt werden, wird bei der ungewissen- haften Sicherheit, welche das Land bietet, und im Hinblick auf die Garantien, durch welche der Versch- entwurf die Rinsenzahlung sichert, nicht in Frage zu stellen sein.

Die Gesamtzahl der bei der Reichstags- Erstaahl im 15. württembergischen Wahl- kreise (Blaukreuz-Ebingen) abgegebenen Stimmen betrug laut amtlicher Zählung 15,891; hiervon erhielt der zum Abgeordneten gewählte Stadt- schultheiß Joseph Müller in Ebingen (conserv.) 8106, dessen Gegenandidat Landrichter Landauer in Ellwangen (Centrum) 7585 Stimmen.

Das österreichische Parlament hat den schwierigsten Theil seiner Arbeiten begonnen. Am Montag trat das Wiener Abgeordneten- haus in die Beratung des Wehrgesetzes ein. Reichthamer erstattete den Bericht der Majorität, Reichbauer denjenigen der Minorität (Bemühung der Kriegsmilitär von 800,000 Mann auf ein Jahr). Graf Richard Clam sprach unter dem Vorfall der Rechte für die unbedingte Annahme der Regierungsvorlage. Gredl begründete den Antrag auf Herabsetzung des Friedenshaushalts auf 230,000 Mann, wodurch das Budget um drei Millionen entlastet werden würde. Grodowski bekämpfte diesen Antrag und sprach für die Regierungsvorlage. Schanz ist für den Minoritäts- antrag, Rattas mit Rücksicht auf die politische Situation für die Fortdauer des gegenwärtigen Kriegshaushalts auf 10 Jahre; der Reiner bestritt, daß seine Partei für das Wehrgesetz stimme, weil sie nationale Concessionen erwarte. Solch kann der Regierung ein Vertrauensvotum, welches die Annahme der Vorlage involvire, nicht erteilen, so lange er die Principien der Regierung nicht kennt. Nachdem noch Dymowski für den Antrag der Majorität gesprochen hatte, wurde die Weiterberatung auf Dienstag verlag.

Die Nachrichten aus Rumänien lauten keineswegs erfreulich. Die Krisis in Sofia hat nach dem „Pester Lloyd“ einen gefährlichen Charakter dadurch angenommen, daß Fürst Alexander von der Partei Karaweloffs die Annulirung der, wie sich herausgestellt hat, ungeschicklich vorge- nommenen Wahlen für das Bureau der Kammer verlangt hat, Karaweloff aber die Wahl nicht zugeben will. Der Fürst sieht sich daher genöthigt, entweder die Kammer aufzulösen und den Be- lagerungszustand zu proclamiren, da sonst eine Sitzung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei, oder aber eine eclatante Verfassungsverletzung ruhig geschehen zu lassen. Fürst Alexander soll weder das Eine noch das Andere acceptiren wollen, und habe in einem Schreiben an den Czaren der Reigung Ausdruck gegeben, von seinem schwierigen Posten zu scheiden und auf die bulgarische Krone zu verzichten. Die Situation ist äußerst gespannt.

Der neue italienische Ministerpräsident hat sich vor Kurzem, wie bereits angedeutet, den beiden Kammern nach ihrer Wiedereröffnung präsentirt. Der Empfang, den Cairoli in der Deputirten- kammer fand, war recht kalt, und gleich nach Be- endigung seiner Rede drangen die Feinde aus ihn ein. Der Deputirte Piss verlangte auch auf finanzielle Fragen Antwort, er meint, der Minister- präsident müsse über die Schulden unterrichtet sein, die ganze Regierung repräsentire aber nicht als die Consistor. Nachdem der Sturm, welchen diese Resorption erzeugt, verblüht war, erklärte der Abg. Trinchera, auch er wolle den Ministerpräsi- denten über die Bildung des Cabinet interpelliren. Man versuchte ihm hier zu machen, daß er besser thun würde, sich Sella und Day anzuschließen, aber er erwiderte, er habe einen Ruf für sich und werde auch eine Interpellation für sich haben. Dabei benutzte er die Gelegen- it, seine Gefühle vorläufig dahin zu formuliren, die Bildung des Cabinet sei ein Schlag ins Gesicht für die Kammer und eine Beleidigung des Landes. Er wurde zur Ordnung gerufen und ihm unter großem Lärm das Wort entzogen. Abends um dieses Ausstreiten ist, be- zeichnet es doch die Unwissenheit mancher feindsüch- tigen Elemente in der Kammer.

Das Belgien wird ein Bergang gemeldet, welcher das Verhältniß zwischen der römischen Curie und einem Theile der belgischen Bischöfe in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen läßt. Schon seit langer Zeit erregte das Verhalten des Bischofs von Louvain im ganzen Lande den größten Anstoß. Der Fanatismus dieses Kirchen- fürsten überschritt alle Grenzen; er ließ sich in ungläubigen Eifrigkeiten hinreißen, setzte General- vicare und Pfarren ab, communicirte, kurz, er gab ein erschütterndes Beispiel des heftigen Fana-